Euer Profit zerstört unsere Zukunft

Gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur

Vor einem Jahr begannen die wöchentlichen Proteste der Schülerinnen und Schüler für eine radikale Wende in der Klimapolitik und für die Einhaltung der Klimaziele vom Pariser Abkommen. Spätestens seit Greta Thunbergs starken Rede auf dem Weltklimagipfel, die auf den sozialen Medien viral ging, folgten ihr massenhaft junge Menschen in Deutschland und Europa und Politiker sahen sich gezwungen, auf akute Fragen des Klimawandels einzugehen. Wissenschaftler warnen seit Jahrzehnten vor den schwerwiegenden Folgen klimatischer Veränderungen, wie Überschwemmungen, Trockenheit, Hitzewellen, Sauerstoff- und Trinkwasserknappheit, auf die zwingend notwendigen Antworten aus der Politik wartet man jedoch vergeblich. Jetzt kommt endlich Druck aus der Bevölkerung, den wir mit ganzer Kraft unterstützen!

Das Problem fängt nicht beim Verbraucher an, wie Politik und Lobbyisten der Wirtschaft oft unterstellen, sondern bei der kapitalistischen Produktionsweise und den Produktionsverhältnissen, bei der Art und Weise wie und was produziert wird. Denn die Produktion in unserer heutigen Gesellschaft richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen und der Natur, vorrangig ist der Profit von Konzernen und Monopolen. Würde es sich bei der Produktion um die Bedürfnisse der Menschen handeln, dann könnte und müsste man die Menschen zum moralischen Konsumieren in die Verantwortung ziehen. Da die Wirtschaft aber zum Selbstzweck und der Profite willen die Gesundheit und Existenz der Erde gefährdet, müssen radikale Umwälzungen stattfinden. Die Folgen dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise sind heute schon fatal: Verlust von Wäldern und der Biodiversität, massives Artensterben, Verlust der Bodenfruchtbarkeit, Hunger und Tod von Millionen Menschen und Tieren.

Die Politik steht im Dienste großer Industrie- und Wirtschaftslobbys, die die wenigen Gewinner des Systems sind. Angebliche „unausweichliche Alternativen“ beziehen sich deshalb meist in erster Linie auch auf den Konsumenten und rühren die Freiheiten der Konzerne nicht an. Auf diese Weise hat der Kern des internationalen Problems weiterhin Bestand: Das System, das auf Ausbeutung von Mensch und Natur aufgebaut ist, bleibt unangetastet. Kommt es doch mal zur grün-technisierten Erneuerung einer Branche oder eines Unternehmens, dann nur im profitablen Ausgleich von gesenkten Löhnen und Stellenabbau. Lohnabhängige bilden aber auch die Masse der Konsumenten. Im Endeffekt zahlen also immer sie den Preis für die Klimakrise, an der die großen (Energie-)Konzerne den größten Anteil tragen. Mit ihnen muss sich die Klimabewegung in erster Linie anlegen, nicht mit den Endverbrauchern.

Eine radikale politische Wende muss her, damit die bereits angerichteten Schäden überhaupt wieder repariert werden können.

Die demokratische Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung muss gewährleistet werden. Die Transformation ganzer Branchen wie der Auto-, Kohle- und Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft muss mit neuen Arbeitsplätzen in zukunftsträchtigen Branchen vollzogen werden.
Wir brauchen den „system change“: den Umbau des Wirtschaftssystems, weg von der Profitorientierung hin zu nachhaltigem Wirtschaften entsprechend den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt.

Tragen wir diesen Willen am 20. September auf die Straßen und kämpfen wir für unsere Forderungen.

DIDF

Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V.
Berliner Str. 77, 51063 Köln didf.de, didf@didf.de